

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen, wird aber an Fahrt verlieren

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Konjunktur läuft weiter rund und seit Jahresbeginn sogar noch mit einem etwas höheren Tempo. Nach wie vor kurbelt der kräftige Beschäftigungsaufbau den Konsum an. Hinzu kommt nun, dass die Unternehmen wieder spürbar mehr in Maschinen und Anlagen investieren. Viele globale Risiken, die die Ausgabebereitschaft in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern zuvor gedämpft hatten, sind weggefallen. Und auch im Euroraum festigt sich der Aufschwung. Von alledem profitiert besonders die deutsche Exportindustrie. Deshalb hebt das DIW Berlin seine Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaftsleistung an und erwartet nun für dieses Jahr ein Plus von 2,2 Prozent. Obwohl sich die Dynamik im weiteren Verlauf abschwächen wird, ergibt sich auch für 2018 ein jahresdurchschnittliches Wachstum in dieser Größenordnung. Alles in allem befindet sich die Wirtschaft in einer Hochkonjunktur, ohne dass eine Überhitzung drohen würde – dagegen spricht die verhaltene Lohn- und Preisdynamik.

Die deutsche Wirtschaft ist im vierten Jahr eines Aufschwungs. Zu Jahresbeginn hat dieser noch einmal Fahrt aufgenommen und das hohe Tempo seitdem in etwa gehalten. Deshalb dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 2,2 Prozent deutlich stärker zunehmen als bisher erwartet. Obwohl die Quartalszuwächse im weiteren Verlauf etwas nachlassen werden (Tabelle 1), ist auch für das kommende Jahr ein jahresdurchschnittliches Wachstum in dieser Größenordnung zu erwarten (Abbildung 1).

Derzeit befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Hochkonjunktur: Die Produktionslücke liegt in diesem Jahr bei gut einem halben Prozent und weitet sich im kommenden Jahr auf gut ein Prozent. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bleiben damit gut ausgelastet. Umfragen zufolge sind die Industrie und insbesondere die Bauwirtschaft aktuell jeweils stärker ausgelastet als im langjährigen Durchschnitt, Stimmungsindikatoren haben über alle Bereiche hinweg historisch hohe Niveaus erreicht.

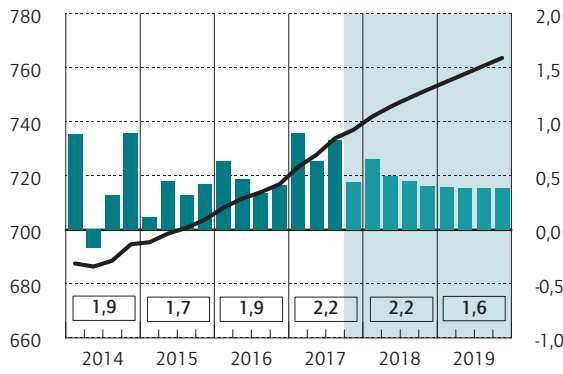
Eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft droht nach Einschätzung des DIW Berlin jedoch nicht: Die Lohnzuwächse bleiben im Rahmen der Inflations- und Produktivitätsentwicklung und die Inflation wird wohl auch in den kommenden beiden Jahren die Zwei-Prozent-Marke nicht überspringen (Tabelle 2). Eine Abschwächung der Dynamik im Jahr 2018 zeigt sich auch darin, dass das um die feiertagsbedingt schwankende Zahl an Arbeitstagen bereinigte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr bei 2,5 Prozent und im kommenden bei 2,3 Prozent liegt – also bereits etwas niedriger. Im darauffolgenden Jahr fällt das Wachstum der deutschen Wirtschaft mit 1,6 Prozent dann deutlich geringer aus und die Produktionslücke wird sich zurückbilden.

Der Aufschwung hat deutlich an Breite gewonnen: Wurde er bislang vor allem durch den privaten und öffentlichen Konsum befeuert, ziehen seit Jahresbeginn, auch infolge kräftiger Exporte, zudem die Unternehmensinvestitionen an.

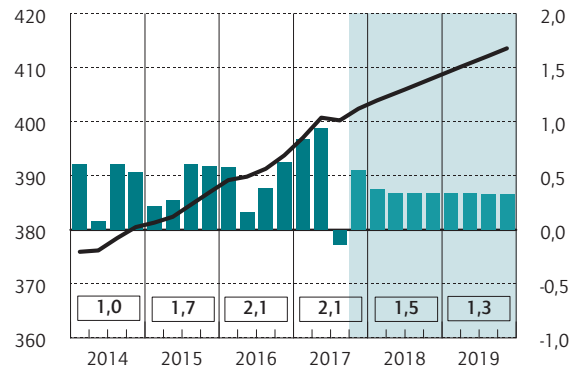
Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

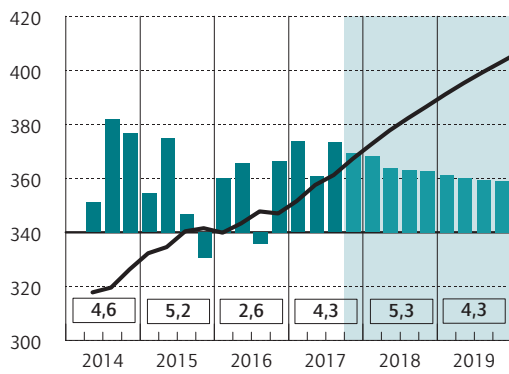
Bruttoinlandsprodukt



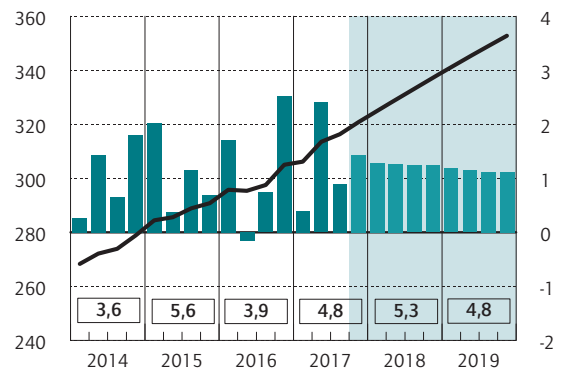
Konsumausgaben der privaten Haushalte



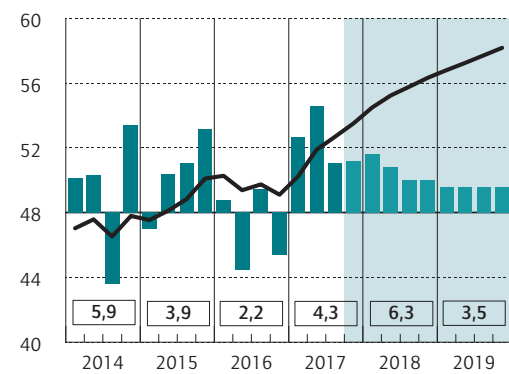
Exporte



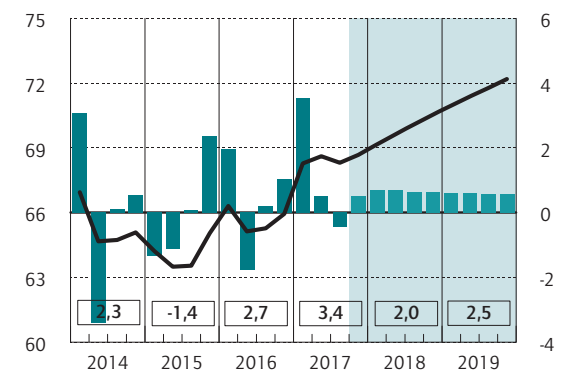
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2017, Prognose ab dem vierten Quartal 2017.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,9	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	0,2	0,0	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	-0,1	0,0	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	1,5	0,4	0,9	1,1	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	2,3	3,3	1,5	1,6	1,8	1,4	1,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Bauten	3,5	0,5	-0,4	0,5	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	2,0	0,9	0,6	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,8	0,2	0,4	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	1,2	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,6	-0,4	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,7	1,0	1,7	1,5	1,4	1,2	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Import	0,4	2,4	0,9	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,6	0,8	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2017, Prognose ab dem viertem Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

Angesichts etwas höherer Preissteigerungen als zuvor und weniger stark zunehmender nominaler Einkommen wird der private Verbrauch das Wachstumstempo der vergangenen Jahre allerdings nicht ganz halten können. Weil die Beschäftigung steigt – in diesem Jahr um voraussichtlich 650 000 Personen, im nächsten um 400 000

und im übernächsten Jahr um 300 000 Personen – und die Löhne angesichts zunehmender Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt wohl anziehen werden, bleibt der private Konsum dennoch eine Wachstumsstütze. Die Arbeitslosenquote sinkt von 5,7 Prozent in diesem Jahr auf 5,2 Prozent im Jahr 2019.

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,9	1,7	1,9	2,2	2,2	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 672	43 069	43 638	44 289	44 702	44 989
Erwerbslose, ILO	2 092	1 949	1 775	1 616	1 517	1 402
Arbeitslose, BA	2 898	2 795	2 691	2 535	2 453	2 338
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,0	4,6	4,1	3,8	3,5	3,2
Arbeitslosenquote, BA ²	6,7	6,4	6,1	5,7	5,5	5,2
Verbraucherpreise ³	0,9	0,2	0,5	1,7	1,7	1,7
Lohnstückkosten ⁴	1,4	1,8	1,6	1,7	1,5	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	9,5	19,4	25,7	47,4	46,0	54,1
in Prozent des BIP	0,3	0,6	0,8	1,5	1,4	1,5
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,4	8,5	8,2	7,9	8,1	8,1

¹ In Preisen des Vorjahres

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

³ Verbraucherpreisindex.

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Wintergrundlinien 2017, Prognose ab 2017.

© DIW Berlin 2017

Kasten 1

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das Bruttoinlandsprodukt signalisieren die Schätzmodelle für das laufende Vierteljahr einen kräftigen Zuwachs (Abbildung links oben) – auch aufgrund der euphorischen Unternehmensstimmung. Allerdings haben Sonderschichten in der Automobilindustrie im August und September den Quartalsvergleich verzerrt: Das dritte Vierteljahr dürfte überzeichnet gewesen sein, im Vergleich dazu fällt der Anstieg im Schlussquartal wohl schwächer aus.² Dafür spricht auch, dass die Industrieproduktion zum Quartalsauftakt deutlich unter dem Niveau des Vorquartals lag. Ein Ende der kräftigen Zuwächse dürfte dies mit Blick auf die prall gefüllten Auftragsbücher im verarbeitenden Gewerbe aber nicht sein.

Für den privaten Verbrauch zeichnet sich ein kräftiges Plus ab (Abbildung rechts oben). Die Einzelhandelsumsätze lagen allerdings zum Quartalsauftakt – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – ein Prozent, also recht deutlich, niedriger als im Durchschnitt des dritten Vierteljahrs.

Im Außenhandel zeichnet sich für das laufende Quartal erneut eine merkliche Expansion ab, wobei die Zuwächse der Ausfuhren wohl höher ausfallen dürften als die der Einfuhren (Abbildungen Mitte). Damit wird der Außenhandel zum Jahresende erneut einen spürbaren Impuls zur deutschen Wirtschaftsleistung liefern.

Die Lage der exportierenden Unternehmen stellt sich zurzeit günstig dar: So spiegelt sich die robuste Weltkonjunktur in seit Ende des Jahres steigenden Auftragseingängen im verarbeiten-

den Gewerbe (ohne Großaufträge) wider. Dazu passend stieg der ifo-Index des Auftragsbestands exportierender Unternehmen im Durchschnitt der Monate Oktober und November gegenüber dem Vorquartal deutlich an. Zwar war die preisbereinigte Warenausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels zuletzt leicht rückläufig und auch die Produktion von Investitionsgütern, die einen hohen Exportgehalt aufweisen, hat sich abgeschwächt. Zusammengenommen dürften die Ausfuhren aber nur geringfügig schwächer als im dritten Quartal dieses Jahres ausgeweitet werden, auch weil der dämpfende Effekt der Euro-Aufwertung wohl zunehmend ausläuft.

Die Einfuhren dürften, vor allem getragen von der positiven Grunddynamik der Binnenwirtschaft, im laufenden Vierteljahr im Vergleich zum Vorquartal wieder an Schwung gewinnen. Dafür spricht auch, dass die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels zu Quartalsbeginn zwar ein niedriges Niveau aufwies, im Oktober jedoch spürbar zulegte.

Die Investitionen dürften im Schlussquartal deutlich steigen. Die Inlandsbestellungen von Geräten, Maschinen und Fahrzeugen (ohne Großaufträge) haben zuletzt wieder deutlich zugenommen. Auch ist die Stimmung unter den Investitionsgüterherstellern und im verarbeitenden Gewerbe exzellent. Die Banken rechnen mit einer weiteren Ausweitung der Kreditnachfrage der Unternehmen, was auf eine vermehrte Investitionstätigkeit hindeutet. Alles in allem lassen die Flashschätzungen auf ein erneut starkes Quartal bei den Ausrüstungsinvestitionen schließen (Abbildung links unten).

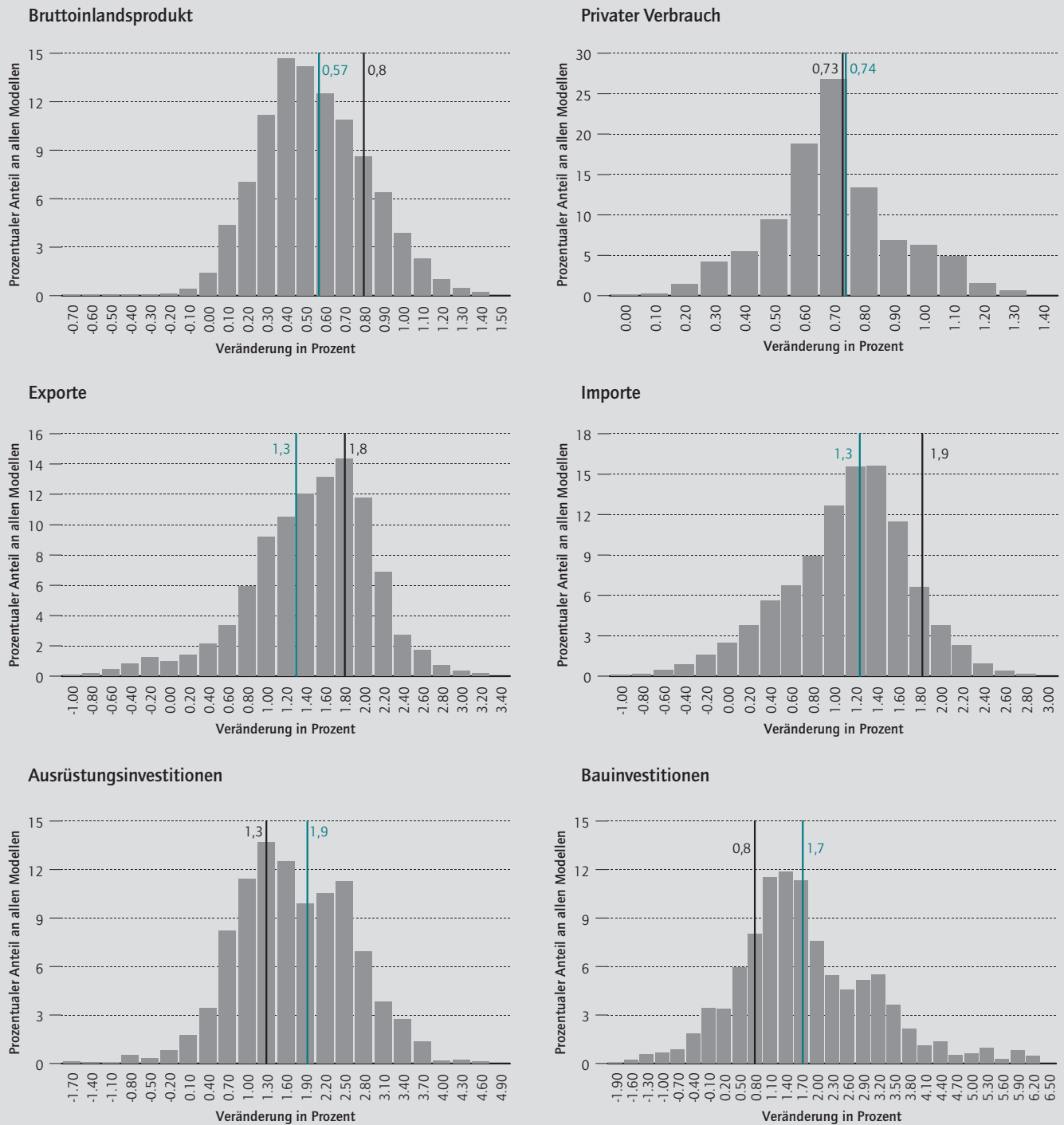
Für die Baukonjunktur zeichnet sich nach den gemächlicheren Sommermonaten wieder eine Belebung ab (Abbildung rechts unten). Dies gilt für den Wohnungsbau und den Wirtschaftsbau. Die Auftragslage ist gut und im Nichtwohnungsbau – insbesondere dem Tiefbau – gingen zuletzt wieder deutlich mehr Bestellungen bei den Unternehmen ein. Bei der Bauproduktion machten sich im Oktober die Brückentage um den Tag der Deutschen Einheit und den Reformationstag negativ bemerkbar. Die Stimmung in den Bauunternehmen trübte sich nach den vorangegangenen Rekordwerten zuletzt etwas ein.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 475–485 (online verfügbar).

² Siehe dazu auch Tabelle 1 in diesem Bericht.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer aus beiden Modellklassen



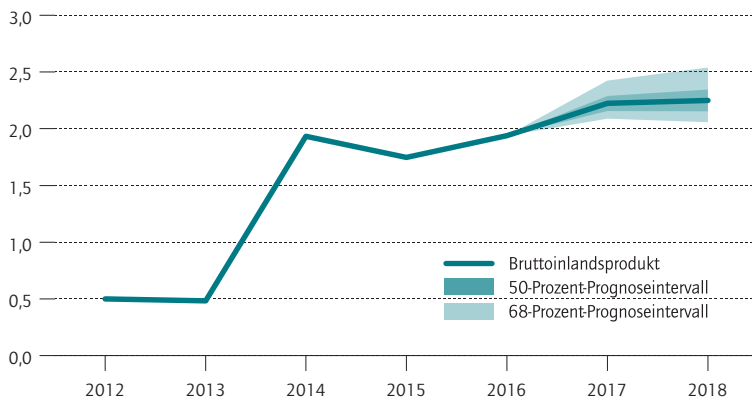
Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averging Ansatzes

Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

Abbildung 2

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Anmerkung: Für das Jahr 2019 können noch keine entsprechenden Intervalle berechnet werden, da keine Prognosen in ausreichender Zahl für diesen Horizont vorliegen.

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Im Winterhalbjahr dürfte die Industrie merklich expandieren: Die Auftragsbücher sind voll, auch weil die Weltwirtschaft und insbesondere der Euroraum relativ hohe Wachstumsraten erreichen. Diese gehen einher mit vielerorts anziehenden Investitionen, was wiederum die besonders auf diese Gütergruppe spezialisierte deutsche Exportwirtschaft anregt. Damit liefert der Außenhandel – auch wenn die Importe ebenfalls dynamisch zulegen – rechnerisch durchweg positive, wenn auch nach und nach abnehmende Beiträge zum Wachstum der deutschen Wirtschaft. Der Leistungsbilanzsaldo verharrt im Prognosezeitraum bei etwa acht Prozent.

Die seit Jahresbeginn weltweit kräftigen Investitionen dürften auch damit zusammenhängen, dass sich viele Risiken aufgelöst haben, die zuvor die Ausgabebereitschaft der Unternehmen gedämpft hatten. So haben europakritische Parteien bei den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden nicht den befürchteten Zulauf erhalten und die chinesische Wirtschaft entwickelte sich unerwartet robust. Zudem hat sich die fragile Entwicklung im Euroraum gefestigt. Diese aufgehellten Rahmenbedingungen dürften dazu beigetragen haben, dass die Unternehmensinvestitionen auch hierzulande mittlerweile stärker aufwärtsgerichtet sind. Im Einklang mit einer anhaltend kräftigen Auslandsnachfrage dürften die Investitionen diesen Trend im weiteren Verlauf fortsetzen (Kasten 1).

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgt derzeit unter besonderer Unsicherheit: Eine neue Regierung, die ihre Politik nach Abschluss eines Koalitions-

vertrags neu ausrichten wird, ist noch nicht gebildet. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beruht in der hier vorgelegten Prognose auf der Status-quo-Annahme, also dem geltenden Rechtsrahmen. Unter dieser Annahme werden die öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum mit hohen Überschüssen abschließen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird der Überschuss in diesem Jahr bei 1,5 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent und im Jahr 2019 bei 1,5 Prozent oder gut 54 Milliarden Euro.¹ Sich daraus ergebende haushaltspolitische Spielräume werden bei anstehenden Koalitionsverhandlungen nicht ungenutzt bleiben: Die Finanzierungssalden werden deutlich niedriger ausfallen, und die konjunkturellen Effekte neuer Maßnahmen könnten erheblich sein. Für drei Szenarien werden diese Effekte anhand von Modellsimulationen berechnet (Kasten 2).

Weitere Risiken für diese Prognose liegen etwa in einem Zulauf europaskeptischer Parteien bei der Wahl in Italien im kommenden Jahr, dem Verlauf der Brexit-Verhandlungen oder den Spannungen zwischen den USA und Nordkorea: All dies könnte die politische Unsicherheit erhöhen und damit insbesondere die Investitionen belasten.

Das DIW Berlin hebt die Prognose für das laufende Jahr im Vergleich zur Herbstprognose um einen Viertel-Prozentpunkt an; diese Aufwärtsrevision resultiert häufig aus einer Anpassung der amtlichen Zahlen einerseits sowie einer unerwartet kräftigen Entwicklung im dritten Quartal und einer nunmehr höher eingeschätzten Dynamik im Schlussquartal andererseits. Das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergebende 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 2,1 und 2,5 Prozent und für das kommende Jahr zwischen 2,1 und 2,6 Prozent (Abbildung 2).

Verbraucherpreise: Inflation bleibt moderat

Die Inflation wird in diesem Jahr deutlich höher ausfallen als im vergangenen, vor allem weil die Energiekosten im jahresdurchschnittlichen Vergleich ölpreisbedingt um drei Prozent gestiegen sind. Im Vorjahr waren sie deutlich gesunken. Aufgrund der jüngsten Ölpreisanstiege liegen die Energiepreise zudem auch im kommenden Jahr im Mittel höher als in diesem; gemäß der auf Finanzmarkterwartungen basierenden, hier zugrunde gelegten Annahme gehen von den Ölpreisen aber im weiteren Verlauf keine nennenswerten Impulse mehr auf die Energiepreise aus (Tabelle 3).² Deswegen dämp-

¹ Vgl. in der vorliegenden Ausgabe Kristina van Deuverden (2017): Hohe Haushaltsüberschüsse nutzen, um Wachstumschancen in der Zukunft zu erhöhen. DIW Wochenbericht Nr. 50, 1183-1192.

² Wird für den Ölpreis alternativ ein im weiteren Verlauf konstanter Anstieg mit einer annualisierten Rate von zwei Prozent unterstellt, ergibt sich für die Inflationsrate des Jahres 2019 eine etwas höhere Prognose von 1,9 Prozent.

fen sie im Jahr 2019 den Preisauftrieb und die Inflation verhartet im Prognosezeitraum bei 1,7 Prozent.³

Die Teuerung ohne Energie, die Kernrate, steigt dagegen von 1,6 Prozent in diesem auf 1,7 Prozent im kommenden Jahr und 1,9 Prozent im Jahr 2019. Hier machen sich die etwas anziehenden Löhne bemerkbar. Angesichts der ausgelasteten Produktionskapazitäten dürften sich für viele Unternehmen Preissetzungsspielräume ergeben – sie dürften also auf die lebhaftere Nachfrage mit höheren Preisen reagieren. Ein deutliches Anziehen der Kernrate zeichnet sich derzeit jedoch nicht ab; im Schlussquartal 2017 hat sich ihr Anstieg den für November vorliegenden Zahlen zufolge sogar abgeschwächt – wohl auch eine Folge der deutlichen Euro-Aufwertung, die noch für einige Zeit die Kosten der Unternehmen und damit den Preisauftrieb dämpfen dürfte.

Arbeitsmarkt: Beschäftigungsaufbau verliert an Tempo

Die Beschäftigung hat bis zuletzt weiter kräftig und mit kaum vermindertem Tempo zugenommen. Der Zuwachs speiste sich größtenteils aus einem fortgesetzten Aufbau des Erwerbspersonenpotentials. Vor allem schlugen Wanderungsgewinne zu Buche – insbesondere aus der Europäischen Union. Vermehrt machten sich überdies anerkannte Asylsuchende auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die heimische Bevölkerung im erwerbstätigen Alter nahm zwar weiter ab; dies wurde durch eine weiter kräftig steigende Erwerbsbeteiligung aber mehr als kompensiert. Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im Sommerhalbjahr nur gemächlich und weniger stark zurück als die Beschäftigung zunahm.

Im Prognosezeitraum hält der Beschäftigungsaufbau an – wenngleich er mehr und mehr an Tempo einbüßt (Abbildung 3), denn das Produktionswachstum schwächt sich ab und die Produktivität zieht stärker an. Zunehmen wird wiederum allein die abhängige Beschäftigung und dabei vor allem die sozialversicherungspflichtige. Die Zahl der Mini-Jobs wird etwas zunehmen; solche Beschäftigungsverhältnisse werden vermehrt in einer Nebentätigkeit ausgeübt. Die Zahl der Selbständigen stagniert.

Auch die pro Kopf geleistete Arbeitszeit verändert sich kaum: Zwar nehmen Teilzeittätigkeiten weiterhin überdurchschnittlich zu, angesichts der guten Konjunktur wird aber auch die geleistete Mehrarbeit und Mehrfachbeschäftigung ausgeweitet werden.

³ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, unterscheidet sich für dieses Jahr bis auf die erste Nachkommastelle nicht von der Punktprognose; für das kommende Jahr liegt es zwischen ein und zwei Prozent – hier schlagen sich insbesondere die starken Ölpreisschwankungen der vergangenen Jahre nieder.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2017	2018	2019
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	1,0	1,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,4	0,5	0,6
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,13	1,17	1,17
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	2,3	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	54,7	62,0	59,9
Erdölpreis	Euro/Barrel	48,5	53,0	51,2

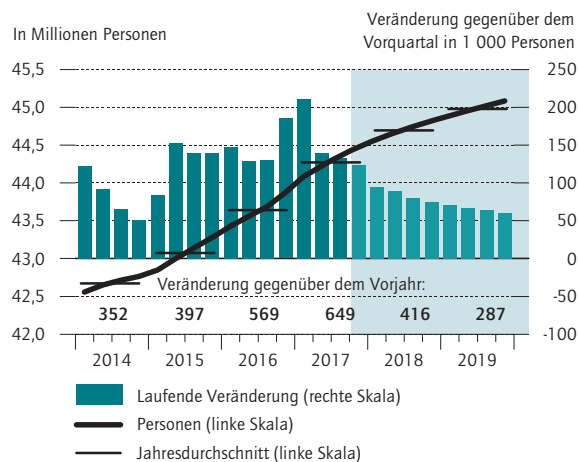
Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Abbildung 3

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Der Beschäftigungsaufbau geht weiter, verliert aber etwas an Schwung.

Der Aufbau des Erwerbspersonenpotentials verlangsamt sich. So wird die Nettozuwanderung etwas schwächer, da sich die Wirtschaftslage in manchen Ländern in der EU verbessert. Anerkannte Flüchtlinge werden dagegen im nächsten Jahr ähnlich viele wie 2017 auf den Arbeitsmarkt kommen; hier macht sich ein Zeitverzug infolge der Anerkennungsverfahren und der Teilnahme an Inte-

Kasten 2

Szenarioberechnungen zu den Auswirkungen expansiver finanzpolitischer Maßnahmen

Bereits im Wahlkampf, aber auch in der Phase der Regierungsfindung nach den Wahlen wurden Forderungen nach einer Abgabentlastung der Unternehmen und Haushalte sowie verstärkten Ausgaben in Bildung und Infrastruktur laut. Eine neue Regierung gleich welcher Couleur dürfte angesichts der nennenswerten fiskalischen Spielräume spürbare Impulse setzen.¹ Für die Prognose wird indes wegen der Unsicherheit über die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen wie üblich der finanzpolitische Status quo unterstellt.

Im Folgenden werden drei ausgewählte Maßnahmen im makroökonomischen Strukturmodell des DIW Berlin simuliert, um die konjunkturellen Auswirkungen möglicher finanzpolitischer Impulse abzuschätzen:² die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die Einführung eines Freibetrags bei den Sozialversicherungen sowie eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für Konsum- und Investitionszwecke. Die für die Simulationen zugrunde gelegten Aufkommens- und Verteilungseffekte der Abgabentlastungen werden dabei mit dem Einkommensteuer-Mikrosimulationsmodell EStM des DIW Berlin ermittelt³ und an die in dieser Prognose vorgelegte Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage angepasst. Unterstellt wird für alle Maßnahmen, dass sie ab der Jahreswende 2018/2019 wirken.

Demnach erhöht die Abschaffung des Solidaritätszuschlags das Nettoeinkommen der privaten Haushalte um 15,2 Milliarden Euro.⁴ Die Einführung eines Freibetrags für die Arbeitnehmerbeiträge und die Eigenbeiträge der Rentnerinnen und Rentner von 1 200 Euro pro Jahr führt zu Entlastungen in Höhe von insgesamt 8,6 Milliarden Euro. Im dritten Szenario wird eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben unterstellt. Für die Ausweitung der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben – die Wahlprogramme bieten hier eine Vielzahl von Vorhaben an – wird ein Ausgabenpaket in Höhe von insgesamt elf Milliarden Euro pro Jahr angenommen, durch das die Investitionen des Staates um zwei Milliarden Euro, die öffentlichen Bildungsausgaben um vier Milliarden Euro und die Ausgaben für Forschung um fünf Milliarden Euro steigen.

Den Simulationen zufolge führt die Abschaffung des Solidaritätszuschlags mit einem Volumen von insgesamt 15,2 Milliarden Euro im Jahr 2019 zu einem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts um gut zehn Milliarden Euro (Tabelle). Preisbereinigt ergibt sich ein realer Wachstumsimpuls in Höhe von 0,2 Prozentpunkten. Hauptantrieb ist der private Konsum, denn ein steigendes Nettoeinkommen erhöht die Kaufkraft der privaten Haushalte. Allerdings steigt die gesamtwirtschaftliche Sparquote, denn die Haushalte geben den plötzlichen Einkommenszuwachs zum Teil erst in den nächsten Jahren aus und sparen deshalb durchschnittlich einen etwas höheren Anteil davon. Dieser Effekt wird durch einen Kompositionseffekt verstärkt, denn von der Abschaffung des Solidaritätszuschlags profitieren vor allem Hocheinkommensbezieherinnen und -bezieher. Diese legen einen relativ höheren Anteil ihres Nettoeinkommens beiseite, so dass sich nur ein Teil der Abgabentlastungen in höheren Konsumausgaben niederschlägt. Der Effekt kann in dem hier verwendeten Modell berücksichtigt werden, da die Verteilungswirkung der Abschaffung des Solidaritätszuschlags in die Simulation einfließt.⁵ Insgesamt fällt der Effekt auf die Konsumnachfrage trotz des Anstiegs der Sparquote dennoch recht hoch aus, da durch die kräftigere Expansion der inländischen Nachfrage Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse generiert werden. Nach Wirken aller Anpassungsmechanismen liegt der reale Einkommensmultiplikator einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags im ersten Jahr bei etwa 0,4.

Auch bei einer Erhöhung der Freibeträge – hier um 8,6 Milliarden Euro – wird der private Konsum durch die steigende Kaufkraft angeregt. Anders als bei der Abschaffung des Solidaritätsbeitrags entlastet die Erhöhung der Freibeträge allerdings vor allem Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Diese konsumieren einen höheren Teil ihres zusätzlichen Einkommens, weshalb die gesamtwirtschaftliche Sparquote weniger stark steigt als bei der Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Gleichzeitig werden ebenfalls die Beschäftigung und die Investitionen angeregt. Dies zieht weitere Einkommenszuwächse nach sich. Alles in allem steigt so der private Konsum im Jahr 2019 real um rund zehn Milliarden Euro. Der Multiplikator liegt im ersten Jahr real bei 0,7.

¹ Vgl. dazu in der vorliegenden Ausgabe van Deuverden (2017), a. a. O.

² Für eine Beschreibung des makroökonomischen Modells des DIW Berlin vgl. Hanne Albig et al. (2017): Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst. DIW Wochenbericht Nr. 10, 159–168 (online verfügbar).

³ Vgl. Stefan Bach und Michelle Harnisch (2017): Steuerpolitik zwischen Jamaika und GroKo 3.0: Untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten. DIW aktuell Nr. 6 (online verfügbar).

⁴ Eine darüber hinausgehende Entlastung der Unternehmen, die die Gewinneinkommen um 4,3 Milliarden Euro erhöhen dürfte, bleibt in den Simulationen unberücksichtigt.

⁵ Zum Verteilungseffekt der hier simulierten Politikmaßnahmen vgl. Stefan Bach und Michelle Harnisch (2017): Steuer- und Abgabenreformen für die neue Legislatur: untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten. DIW Discussion Paper 1706 (online verfügbar).

Tabelle

Makroökonomische Effekte potentieller finanzpolitischer Maßnahmen im Jahr 2019

	Abschaffung des Solidaritätszuschlags ¹				Freibetrag bei den Sozialversicherungsbeiträgen ²				Ausgabenpaket ³			
	real		nominal		real		nominal		real		nominal	
	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten
Nettotransfers	13,56		15,2		7,6		8,6					
Öffentliche Investitionen								1,92		2,0		
Öffttlicher Konsum								3,36		4,0		
Sonstige Investitionen (z.B. FuE)							4,39		5,0			
BIP	5,3	0,2	7,2	0,2	5,4	0,2	7,4	0,2	10,1	0,4	13,9	0,4
Privater Konsum	9,4	0,6	11,2	0,6	9,7	0,6	11,5	0,6	5,6	0,4	7,8	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	0,3	2,0	0,3	1,9	0,3	2,0	0,3	9,7	1,7	10,6	1,7
Exporte	-0,3	-0,0	0,3	0,0	-0,3	0,0	0,3	0,0	-0,5	0,0	0,4	0,0
Importe	5,6	0,5	6,1	0,5	5,7	0,5	6,2	0,5	7,9	0,7	8,6	0,7
	in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten	
Konsumdeflator		0,02				0,02				0,04		
Handelsbilanzsaldo pro BIP	-0,2				-0,2				-0,3			
Sparquote	0,35				0,06				0,09			
Multiplikatoreffekt (im ersten Jahr)	0,4				0,7				1			

1 Nettoeinkommen der Haushalte erhöht sich um 15,2 Milliarden, der GINI-Koeffizient für Markteinkommen nach Steuern steigt um 0,29 Gini-Punkte, Gewinne der Unternehmen in Höhe von 4,3 Milliarden fließen ins Ausland.

2 Nettoeinkommen der Haushalte erhöht sich um 8,6 Mrd., der GINI-Koeffizient für Markteinkommen nach Steuern sinkt um 0,12 Gini-Punkte.

3 Anstieg der öffentlichen Investitionen um 2 Milliarden, des Staatskonsums um 4 Milliarden und der sonstigen Investitionen um 5 Milliarden.

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017, eigene Simulationen.

© DIW Berlin 2017

Das Ausgabenprogramm im Umfang von insgesamt elf Milliarden Euro pro Jahr entfaltet seinen konjunkturellen Effekt direkt über die Erhöhung der Investitionen. Der Anstieg der öffentlichen Investitionsnachfrage sowie der sonstigen Investitionen, zu denen insbesondere die Forschungsausgaben zählen, führt ins-

gesamt zu einer Erhöhung der realen Bruttoanlageinvestitionen um rund zehn Milliarden Euro. Die konsumtiv ausgerichteten Bildungsausgaben lassen den privaten Konsum real um knapp sechs Milliarden Euro steigen. Insgesamt ergibt sich ein realer Multiplikatoreffekt im ersten Jahr von 1.

Tabelle 4

Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes

	2017				2018				2016 ⁶	2017 ⁶	2018 ⁶	2019 ⁶
	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,9	0,6	0,8	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	1,9	2,2	2,2	1,6
Effekt der Nettogütersteuern	-0,1	0,0	-0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bruttowertschöpfung ²												
insgesamt	1,0	0,7	1,0	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	1,9	2,3	2,3	1,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,2	0,3	0,5	-0,1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,5	0,6	0,8	0,7
Baugewerbe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,5	0,4	0,3
Unternehmensdienstleister	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,4	0,2	0,2
übrige Dienstleister ³	0,2	0,0	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,2
Erwerbstätige ⁴												
insgesamt	211	139	133	124	95	90	80	75	569	651	413	287
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	30	19	8	13	12	10	9	8	18	63	45	31
Baugewerbe	18	6	8	4	4	4	4	3	26	41	18	13
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	41	37	21	24	24	21	19	15	120	126	91	54
Unternehmensdienstleister	56	31	26	33	27	22	20	20	139	154	104	81
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	46	48	57	35	23	28	23	25	246	209	129	93
übrige Dienstleister ³	18	-4	10	15	5	5	5	4	39	59	25	17
Produktivität ⁵												
insgesamt	0,5	0,3	0,7	0,1	0,4	0,3	0,3	0,2	0,6	0,8	1,3	0,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,5	1,0	1,8	-0,5	1,0	0,7	0,6	0,5	1,6	1,5	2,6	2,2
Baugewerbe	2,3	0,5	0,1	0,4	0,5	0,5	0,4	0,5	0,9	1,2	1,7	1,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,8	0,5	0,2	0,7	0,5	0,4	0,3	0,3	1,1	1,6	1,7	1,3
Unternehmensdienstleister	0,3	-0,4	0,7	0,2	0,5	0,2	0,0	0,0	-0,6	0,0	1,0	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,1	0,4	0,0	0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,0
übrige Dienstleister ³	0,6	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,9	0,7	1,2	0,7

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

2 Bruttowertschöpfung: insgesamt – preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent; Wirtschaftsbereiche – Wachstumsbeitrag zur gesamten Änderung in Prozentpunkten.

3 Die „übrigen Dienstleister“ umfassen die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Versicherungs- sowie sonstige Dienstleister.

4 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.

5 (Arbeits-) Produktivität je Erwerbstätigen in Prozent.

6 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige – absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

grationsmaßnahmen bemerkbar. Im Jahr 2019 dürfte die zusätzliche Nachfrage von Flüchtlingen nach einer Beschäftigung dann stark nachlassen. Vor allem dämpfend auf das Erwerbspersonenpotential wirkt, dass beim heimischen Potential die weitere Zunahme der Erwerbsbeteiligung nicht mehr ausreichen wird, den Rückgang aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.⁴

Bei immer noch kräftiger Beschäftigungsentwicklung und langsamerem Aufbau des Erwerbspersonenpotentials wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit etwas an Schwung gewinnen. In diesem Jahr beläuft sich die Arbeitslosenquote auf 5,7 Prozent, 2018 werden es 5,5 Prozent und 2019 5,2 Prozent sein.⁵ In der Folge dürften die Löhne etwas Fahrt aufnehmen. Zwar lassen die bereits beschlossenen, aber erst später wirksam werdenden Tarifvereinbarungen kaum eine Erhöhung

⁴ Vgl. Karl Brenke und Marius Clemens (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. DIW Wochenbericht Nr. 35, 675–685 (online verfügbar, abgerufen am 8. Dezember 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

⁵ Das Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, unterscheidet sich für dieses Jahr bis auf die erste Nachkommastelle nicht von der Punktprognose; für das kommende Jahr liegt es zwischen 5,2 und 5,8 Prozent.

des Tempos bei den Lohnanhebungen erkennen. Aber es stehen für gewichtige Bereiche noch neue Tarifverträge aus. Überdies werden zunehmende Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt dazu führen, dass vermehrt übertarifliche Lohnanhebungen gewährt werden und Überstundenzuschläge anfallen.

Wirtschaftsbereiche: Kräftige Impulse aus der Industrie

Die Wirtschaftsleistung ist trotz ihres bereits hohen Tempos zuletzt noch stärker gestiegen. Impulse kamen nach wie vor aus den Dienstleistungsbereichen, vor allem aber hat die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe zuletzt merklich zugenommen (Tabelle 4). Im Zuge des derzeit kräftigen weltweiten Aufschwungs dürfte die Wertschöpfung in der Industrie weiter spürbar aufwärtsgerichtet bleiben und auf die Unternehmens- sowie Verkehrsdienstleister ausstrahlen; dies spiegelt der im Durchschnitt kräftige Beitrag wider, auch wenn ein Sondereffekt das Schlussquartal dämpft (Kasten 1). Die Bereiche Handel und Gastgewerbe profitieren weiterhin von einem dynamischen – wenngleich sich leicht abschwächenden – privaten Verbrauch. Die Wertschöpfung in den Bereichen öffentliche Dienstleister, Gesundheit und Soziales sowie Erziehung wurden auch im Rahmen der Flüchtlingsmigration stark ausgeweitet; die hiermit verbundenen Effekte fallen nun jedoch nach und nach weg.

Der spürbare Beschäftigungsaufbau dürfte sich dabei von arbeits- zu kapitalintensiven Sektoren verschieben; insbesondere die Industrie und industrienahen Dienstleister dürften in den kommenden Quartalen verstärkt Personal einstellen – im späteren Verlauf werden die Zuwächse dort aber wieder etwas schwächer ausfallen.

Die Produktivitätsentwicklung, die in den vergangenen Jahren relativ schwach ausgefallen ist, wurde im dritten Quartal durch die günstige Entwicklung in der Industrie und bei den Unternehmensdienstleistern angetrieben. Dies dürfte sich – allerdings abgeschwächt – im Winter fortsetzen. Vor allem deswegen fällt der Produktivitätsanstieg 2018 im Vergleich zu diesem Jahr kräftig aus.

Privater Konsum: Etwas weniger kräftige Zuwächse

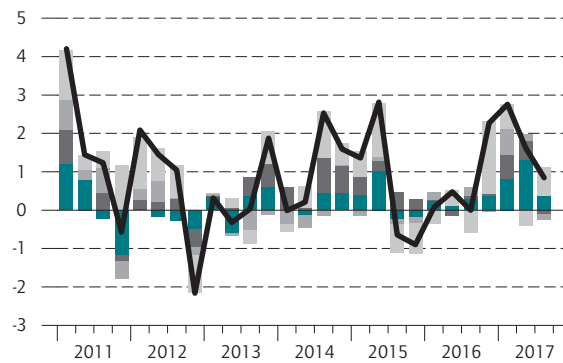
Der private Verbrauch hat in den vergangenen Jahren spürbar zur Wirtschaftsleistung beigetragen; dazu haben einerseits der ölpreisbedingte Kaufkraftschub und andererseits die zusätzliche Nachfrage infolge der Flüchtlingsmigration beigetragen. Beide Impulse fallen nun weg. Der Beschäftigungsaufbau schiebt zwar nach wie vor die Einkommen der Haushalte an, er schwächt sich im weiteren Verlauf jedoch ab und die Zuwächse der Lohnsumme fallen im Prognosezeitraum trotz steigen-

Abbildung 4

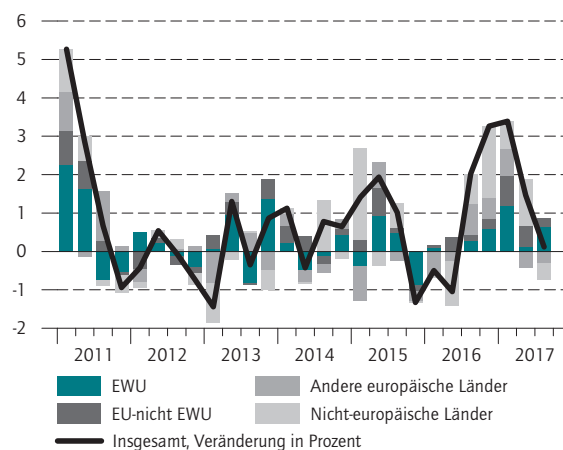
Warenausfuhr und -einfuhr nach Regionen

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten

Ausfuhr



Einfuhr



Quellen: Deutsche Bundesbank; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

In den ersten Quartalen des Jahres 2017 leisteten die Länder des Euroraums den größten Wachstumsbeitrag zu den Warenausfuhren.

der Löhne geringer aus. Netto verliert die Lohnsumme sogar noch deutlicher an Schwung, vor allem aufgrund der Lohnsteuer.

Auch die monetären Sozialleistungen nehmen weniger stark zu: Hier schlägt zu Buche, dass der Kreis der Transferempfängerinnen und Transferempfänger in den kommenden Jahren nicht wie zuletzt aufgrund der Flüchtlingsmigration größer wird und dass keine Leistungen, wie zuletzt etwa bei der Pflegeversicherung, ausgeweitet werden. Vor allem aber fallen die Rentenanhebungen im Prognosezeitraum nicht mehr so kräftig aus wie Mitte

Tabelle 5

Reale Investitionen

Veränderung in Prozent

	2016	2015	2016	2017	2018	2019
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,9	-0,7	4,0	4,4	3,5	3,0
Nichtwohnungsbau	39,1	-2,5	0,8	1,9	-0,3	1,6
Gewerblicher Bau	27,5	-3,2	0,0	2,7	0,2	2,0
Öffentlicher Bau	11,57	-0,8	2,7	-0,1	-1,6	0,6
Bauinvestitionen	100,0	-1,4	2,7	3,4	2,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen		3,9	2,2	4,3	6,3	3,5

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

dieses und insbesondere vergangenen Jahres. Zudem sind bei den Betriebsüberschüssen, den Vermögens- und – wohl vorrangig – den Selbstständigeneinkommen nicht so hohe Zuwächse wie in diesem Jahr zu erwarten. Die verfügbaren Einkommen steigen daher nach vier Prozent in diesem Jahr in den kommenden beiden Jahren nur noch um gut drei Prozent.

Vor allem deshalb, aber auch wegen einer etwas steigenden Teuerung verliert der private Verbrauch in den kommenden beiden Jahren an Tempo. Dieses Jahr fällt das Plus mit gut zwei Prozent dagegen nochmal so kräftig aus wie 2016, da die deutlich höhere Inflation durch den hohen Einkommensanstieg ausgeglichen wird.

Ausrüstungsinvestitionen: Unternehmen legen Investitionszurückhaltung ab

Die Investitionen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sind in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 kräftig gestiegen. Auch die sonstigen Investitionen legten weiter zu. Insgesamt haben vor allem die privaten Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung abgelegt, während die Anschaffungen des Staates aufgrund von Großprojekten weiterhin starken Schwankungen unterliegen.

Die gestiegenen Unternehmensinvestitionen sind dabei nicht zuletzt Ausdruck der derzeit dynamischen konjunkturellen Entwicklung Deutschlands und vieler wichtiger Absatzmärkte. So stiegen die Exporte Deutschlands in den ersten drei Quartalen deutlich. Von dieser Entwicklung profitieren mit der Industrie und dem Verkehrssektor besonders kapitalintensive Bereiche. Dies regt die Investitionstätigkeit im Inland an. Aber auch weltweit steigt die Nachfrage nach Investitionsgütern;

dies kommt der auf die Produktion dieser Güter spezialisierten deutschen Wirtschaft in besonderem Maße zugute.

Die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen dürfte weiter anhalten. Für das Schlussquartal 2017 ist erneut mit einer recht kräftigen Zuwachsrate zu rechnen (Kasten Prognosemodelle). Die Kapazitätsauslastung ist überdurchschnittlich und die Stimmung in den Industrieunternehmen derzeit euphorisch. Auch weil die Finanzierungsbedingungen alles in allem vorteilhaft bleiben, dürfte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zunächst weiterhin hoch sein und vermehrt in den Ausbau der Kapazitäten investiert werden.

Gleichwohl dürfte sich die Dynamik im Jahresverlauf 2018 etwas verlangsamen. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus wichtigen Absatzmärkten wird an Schwung verlieren und auch die allmähliche Normalisierung der Geldpolitik im Euroraum wird voraussichtlich etwas bremsen. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund 4,3 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr dürften sie deutlich stärker, um sechs Prozent, expandieren und im Jahr 2019 um 3,5 Prozent. Eine im Verlauf ähnliche Dynamik ist für die sonstigen Investitionen zu erwarten.

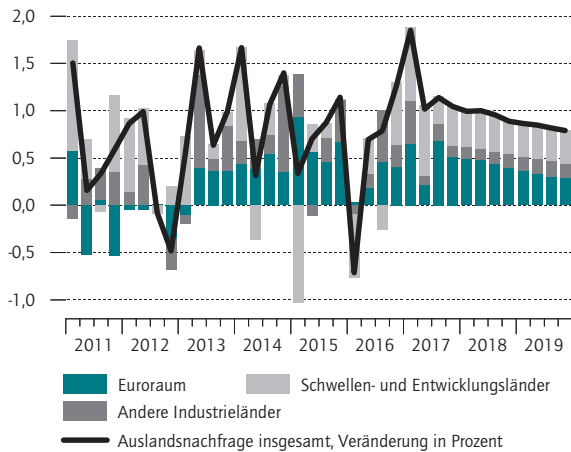
Bauinvestitionen: Die Luft wird dünner

Die Bauinvestitionen sind in der ersten Jahreshälfte äußerst kräftig gestiegen. Allerdings hat die Dynamik bereits im Frühsommer im Nichtwohnungsbau und in den Sommermonaten im Wohnungsbau nachgelassen. Gleichwohl beschert der starke Jahresbeginn eine erhebliche Zunahme der Bautätigkeit im Vergleich zum Vorjahr (Tabelle 5).

Abbildung 5

Auslandsnachfrage

Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



Quellen: Bloomberg; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Die Auslandsnachfrage wird im kommenden Jahr weiter robust, aber etwas weniger stark als in diesem Jahr expandieren.

Wesentliche Stütze bleibt der Wohnungsbau, dessen Aufwärtstrend angesichts des erheblichen Bauüberhangs⁶, gut gefüllter Auftragsbücher und niedriger Zinsen weiter Bestand hat. Gleichwohl stagnieren die Baugenehmigungen seit geraumer Zeit und die Steigerung der Immobilienpreise scheint in vielen großen Städten zum Erliegen gekommen zu sein. Der hohe Auftragsbestand dürfte also allmählich abgearbeitet werden; einer schnellen Umsetzung geplanter Bauvorhaben steht die hohe Auslastung der Bauwirtschaft aber entgegen.

Für den Wirtschaftsbau gilt analog zu den Ausrüstungsinvestitionen, dass die Unternehmen ihre Zurückhaltung wohl etwas ablegen werden und stärker als bisher auch in Betriebsgebäude investieren. Die öffentliche Hand hat in den vergangenen Jahren bereits erheblich mehr Mittel für den Ausbau und die Instandsetzung der Infrastruktur in die Hand genommen. Nach derzeitiger Beschlusslage dürfte der Bund seine Bauinvestitionen in den kommenden beiden Jahren real nur wenig ausweiten. Bei den Kommunen dürfte sich positiv bemerkbar machen, dass sich deren Haushaltslage weiter bessert

⁶ Der Bauüberhang ist die Differenz aus genehmigten und fertiggestellten Bauvorhaben. Der Überhang beträgt mit gut 600 000 Wohneinheiten in etwa das Doppelte der derzeitigen jährlichen Neubauleistung.

und zudem die zusätzlichen Mittel des Bundes im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds mehr und mehr abgerufen werden.

Außenhandel: Gute Aussichten für die Exportwirtschaft

Im dritten Quartal haben die Exporte nach einer Verschnaufpause zur Jahresmitte wieder deutlich Fahrt aufgenommen: Zwar dürfte der bis zum Sommer stark gestiegene Wechselkurs des Euro für sich genommen dämpfend auf die Nachfrage aus Ländern außerhalb der Währungsunion gewirkt haben, dieser Effekt wurde aber durch die günstige konjunkturelle Situation auf wichtigen deutschen Auslandsmärkten überlagert (Abbildung 4). Darüber hinaus blieb die Nachfrage aus den Ländern des Euroraums weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Importe hingegen behielten das hohe Tempo des Frühjahrs nicht bei und verzeichneten – passend zum gedämpften Konsum – geringere Zuwächse als die Ausfuhren.

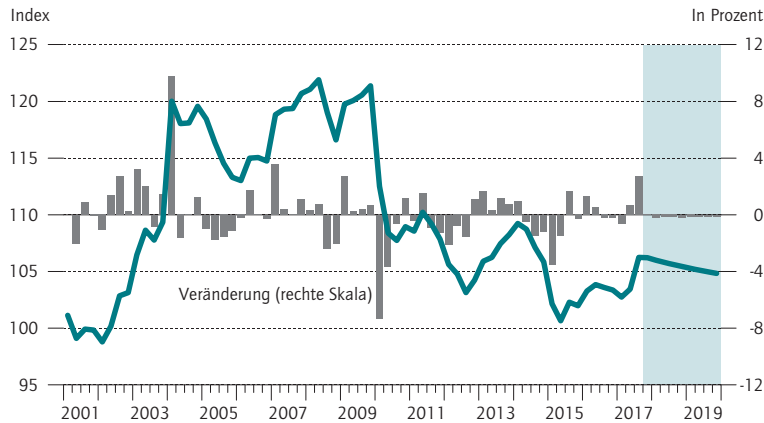
Seit Jahresbeginn 2017 hat der Aufschwung der Weltwirtschaft, einhergehend mit einer anziehenden Investitionstätigkeit, Fahrt aufgenommen. Von dieser Entwicklung profitiert die deutsche Volkswirtschaft in besonderem Maße, denn der Anteil von Investitionsgütern an den Warenausfuhren ist mit rund 50 Prozent besonders hoch. Entsprechend dürften die Exporte ihre Dynamik im laufenden Quartal in etwa halten, darauf deuten vorlaufende Indikatoren wie die Auftragseingänge aus dem Ausland (ohne Großaufträge) hin, die fünf Quartale in Folge stiegen (Kasten Prognosemodelle). Weil sich im weiteren Verlauf die Auslandsnachfrage aus dem Euroraum weniger kräftig entwickelt als zuletzt, dürfte sich das Expansionstempo der Ausfuhren im Jahresverlauf 2018 leicht abschwächen (Abbildung 5). Im darauffolgenden Jahr ist eine weitere leichte Entschleunigung der Auslandsnachfrage angelegt, allerdings dürften die Exporte mit in etwa konstanten Zuwachsraten zulegen, da die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit stützend wirkt (Abbildung 6).

Die Importe dürften im laufenden Vierteljahr wieder deutlicher ausgeweitet worden sein, aber weiterhin in geringerem Maße als die Ausfuhren. Darauf lässt die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels schließen, die im Oktober ein deutliches Plus verzeichnete. Im ersten Halbjahr 2018 dürften insbesondere von den robusten Exporten sowie den lebhaften Ausrüstungsinvestitionen im Inland Impulse für die Einfuhren ausgehen. Im weiteren Prognosezeitraum lassen diese Impulse langsam nach, was die Importe dämpft. Alles in allem dürfte der Außenhandel in allen drei Jahren des Prognosezeitraums rein rechnerisch positiv zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beitragen.

Abbildung 6

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI

Index (linke Skala), Veränderungen in Prozent (rechte Skala)



Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

In den diesem und im kommenden Jahr wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Aufwertung des Euro verschlechtern.

Die Terms of Trade haben sich im Schlussquartal wohl deutlich verschlechtert. Dafür maßgeblich dürften die seit Jahresmitte um rund 20 Prozent gestiegenen Weltmarktpreise für Energieträger sein. Diese machen etwa ein Zehntel der Importe aus, sodass sich Preissteigerungen dieser Güter auch in den Importpreisen niederschlagen. Für die Monate September und Oktober waren entsprechend hohe Zuwächse des monatlichen Einfuhrpreisindex zu verzeichnen, während der Ausfuhrpreisindex zuletzt nur geringfügige Preissteigerungen für Exportgüter nahelegte.

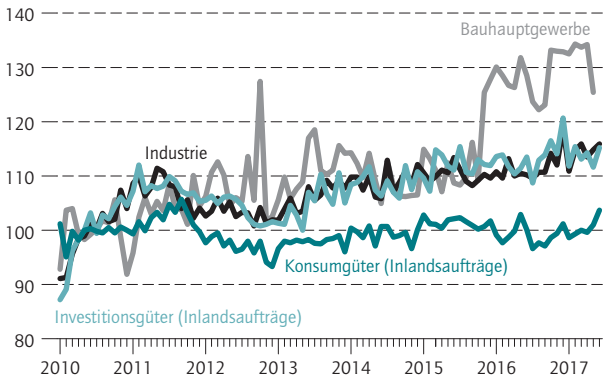
Die energiepreisbedingten Preissteigerungen dürften nach dem Jahreswechsel 2017/2018 auslaufen. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Export- und Importpreise wohl in ähnlichem Maße zulegen. Nach einer deutlichen Verschlechterung in diesem Jahr dürften die Terms of Trade in den beiden kommenden Jahren des Prognosezeitraums in etwa neutral ausfallen.

Abbildung 7

Konjunkturindikatoren Deutschland

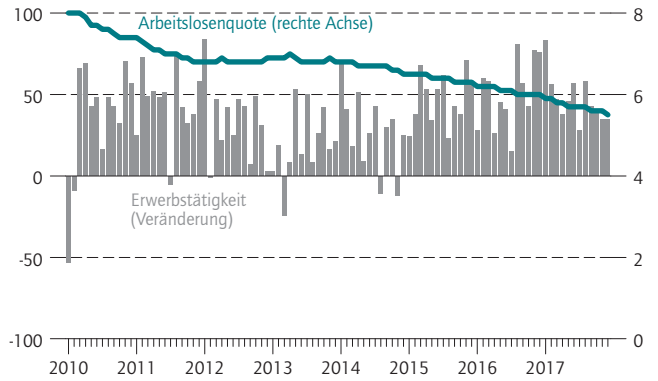
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



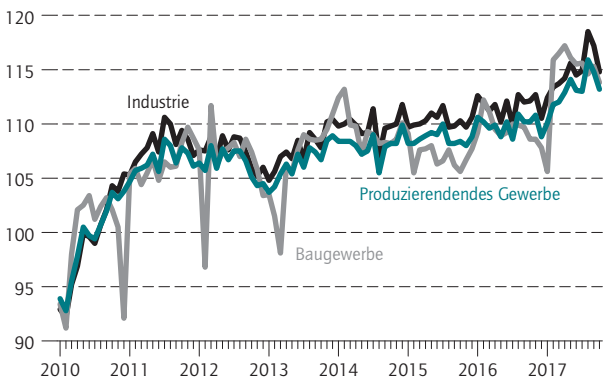
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, in Tausend



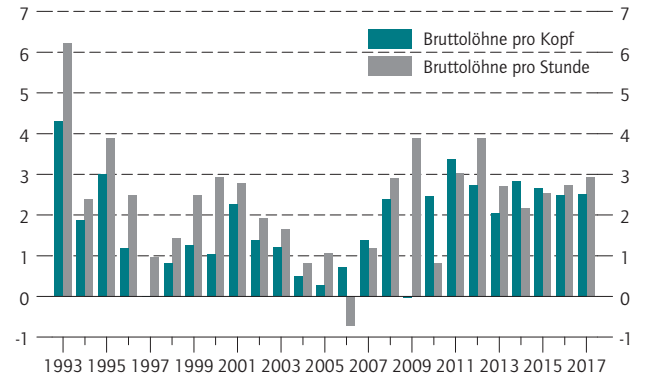
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



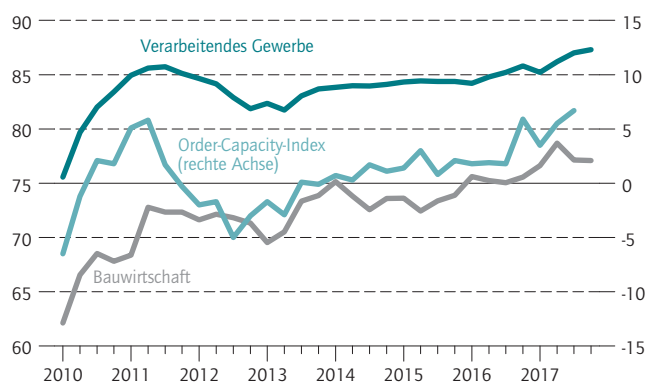
4. Löhne

Veränderung in Prozent



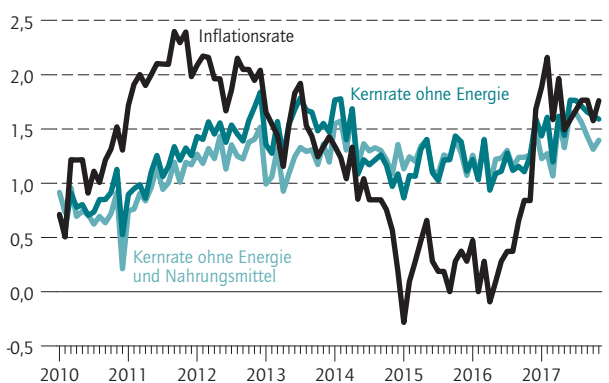
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

In Prozent, saisonbereinigte Werte



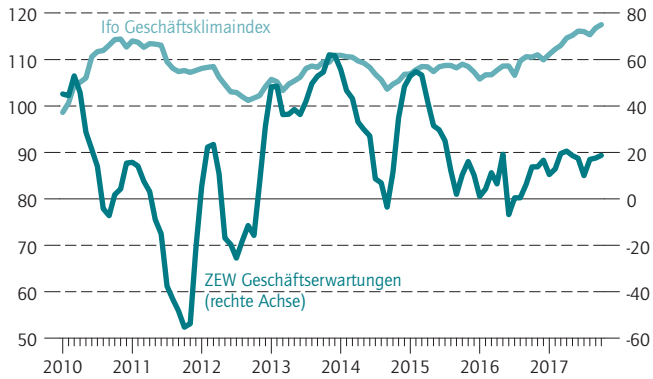
Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

Abbildung 7 (Fortsetzung)

Konjunkturindikatoren Deutschland

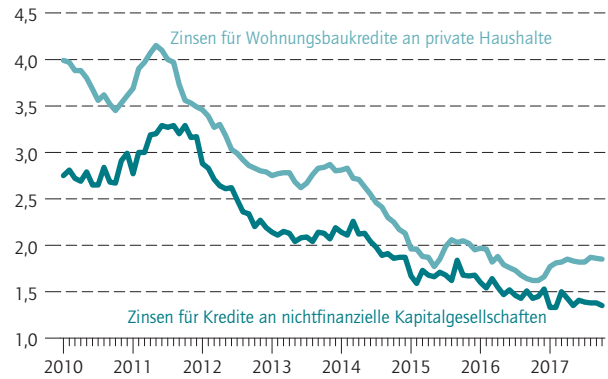
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



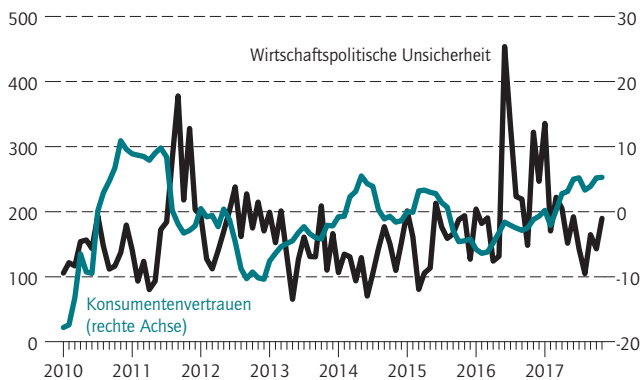
8. Zinsen

In Prozent



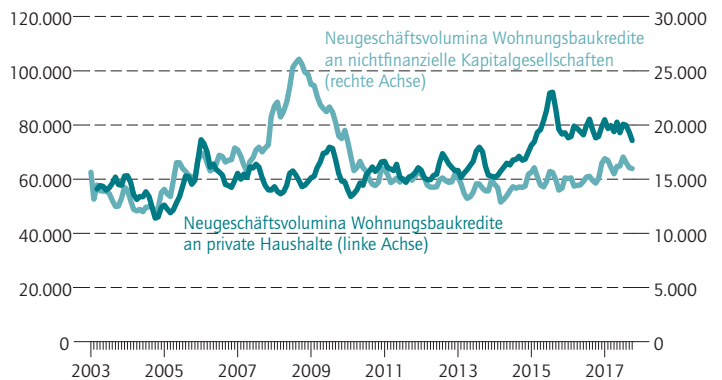
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



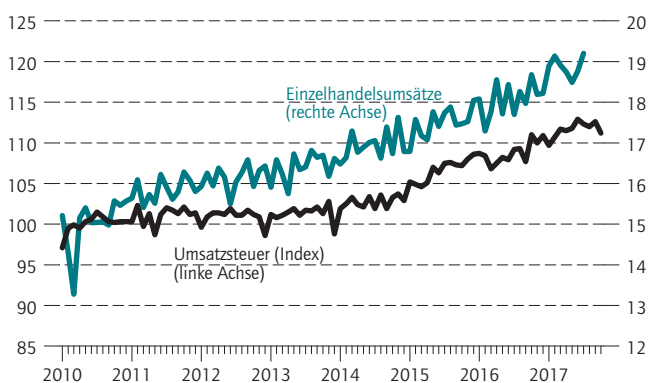
10. Kredite Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



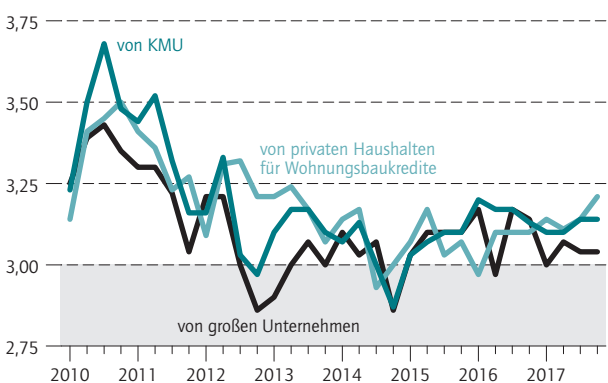
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

=3 konstant, >3 steigt <3 sinkt



Quellen: (1) ifo Institut; ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat; Economic Policy Uncertainty (online verfügbar); (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

DEUTSCHLAND

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 50/2017:

www.diw.de/econbull



Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,5	0,9	0,6	1,5	1,5	1,1	0,8	0,7	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,9	0,3	0,0	0,0	1,9	0,4	0,3	0,6	-0,5
Arbeitstage	-1,2	-0,3	0,0	0,0	-2,3	-0,5	-0,1	-0,8	0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	1,0	0,6	1,5	1,0	1,0	1,0	0,4	0,8
Produktivität ¹	1,0	1,2	1,0	0,7	1,3	1,3	1,2	1,0	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,2	1,5	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 374,4	2 447,5	2 520,6	1 160,5	1 213,8	1 193,8	1 253,8	1 227,6	1 293,0
Private Haushalte ²	1 738,3	1 790,0	1 843,3	850,5	887,7	873,9	916,1	898,4	945,0
Staat	636,1	657,5	677,2	310,0	326,1	319,8	337,7	329,2	348,0
Anlageinvestitionen	665,5	702,7	736,9	320,8	344,7	338,2	364,5	354,7	382,2
Ausrüstungen	215,1	229,4	238,5	101,7	113,3	109,1	120,3	113,1	125,4
Bauten	324,8	342,0	361,4	157,8	167,0	165,0	177,0	174,7	186,8
Sonstige Anlageinvestitionen	125,7	131,4	137,0	61,3	64,3	64,2	67,2	67,0	70,1
Vorratsveränderung ³	-23,7	-22,7	-21,8	-6,4	-17,3	-2,6	-20,1	-3,1	-18,7
Inländische Verwendung	3 016,2	3 127,6	3 235,6	1 475,0	1 541,2	1 529,4	1 598,2	1 579,2	1 656,4
Außenbeitrag	247,0	264,7	272,4	127,5	119,5	140,0	124,7	144,0	128,4
Exporte	1 537,2	1 632,1	1 715,1	761,2	776,0	808,0	824,1	847,4	867,7
Importe	1 290,2	1 367,5	1 442,7	633,7	656,5	668,0	699,5	703,4	739,3
Bruttoinlandsprodukt	3 263,2	3 392,3	3 508,0	1 602,5	1 660,7	1 669,4	1 722,8	1 723,2	1 784,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,7	3,1	3,0	3,9	3,5	2,9	3,3	2,8	3,1
Private Haushalte ²	3,8	3,0	3,0	4,0	3,6	2,8	3,2	2,8	3,2
Staat	3,4	3,4	3,0	3,5	3,2	3,2	3,5	2,9	3,1
Anlageinvestitionen	5,6	5,6	4,9	5,2	6,1	5,4	5,7	4,9	4,9
Ausrüstungen	4,5	6,7	4,0	2,7	6,1	7,2	6,1	3,7	4,2
Bauten	6,7	5,3	5,7	7,0	6,4	4,6	6,0	5,9	5,5
Sonstige Anlageinvestitionen	5,0	4,5	4,3	4,9	5,1	4,6	4,5	4,4	4,2
Inländische Verwendung	4,2	3,7	3,5	4,3	4,2	3,7	3,7	3,3	3,6
Exporte	6,0	6,2	5,1	6,0	6,0	6,1	6,2	4,9	5,3
Importe	7,6	6,0	5,5	8,8	6,4	5,4	6,5	5,3	5,7
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,0	3,4	3,4	4,1	4,2	3,7	3,2	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 158,1	2 189,5	2 214,0	1 061,7	1 096,4	1 075,6	1 113,9	1 086,7	1 127,4
Private Haushalte ²	1 599,6	1 623,7	1 645,0	784,8	814,8	795,6	828,0	804,8	840,2
Staat	558,3	565,6	569,0	276,7	281,5	279,8	285,8	281,7	287,3
Anlageinvestitionen	593,7	614,9	632,8	286,9	306,8	296,7	318,2	305,4	327,4
Ausrüstungen	208,1	221,1	229,0	97,9	110,2	104,7	116,4	108,1	120,8
Bauten	272,9	278,4	285,3	133,5	139,4	135,2	143,1	138,8	146,4
Sonstige Anlageinvestitionen	113,4	116,9	120,2	55,6	57,9	57,3	59,6	58,9	61,3
Inländische Verwendung	2 717,8	2 771,7	2 815,5	1 340,6	1 377,1	1 367,4	1 404,4	1 387,0	1 428,4
Exporte	1 455,0	1 531,9	1 598,1	720,5	734,5	759,8	772,1	790,8	807,3
Importe	1 254,6	1 320,4	1 383,9	613,2	641,3	645,7	674,7	675,2	708,6
Bruttoinlandsprodukt	2 918,8	2 984,5	3 032,1	1 447,5	1 471,3	1 481,4	1 503,1	1 503,0	1 529,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,8	1,5	1,1	2,0	1,7	1,3	1,6	1,0	1,2
Private Haushalte ²	2,1	1,5	1,3	2,2	2,0	1,4	1,6	1,1	1,5
Staat	1,1	1,3	0,6	1,4	0,8	1,1	1,5	0,7	0,5
Anlageinvestitionen	3,7	3,6	2,9	3,4	4,0	3,4	3,7	2,9	2,9
Ausrüstungen	4,3	6,3	3,5	2,5	5,9	6,9	5,7	3,3	3,8
Bauten	3,4	2,0	2,5	4,0	2,9	1,3	2,7	2,7	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,0	2,9	3,7	3,7	3,0	3,0	2,9	2,8
Inländische Verwendung	2,3	2,0	1,6	2,4	2,2	2,0	2,0	1,4	1,7
Exporte	4,3	5,3	4,3	4,1	4,5	5,5	5,1	4,1	4,6
Importe	4,8	5,3	4,8	5,0	4,7	5,3	5,2	4,6	5,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,2	1,5	1,7

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,7	1,5	1,6	1,7	1,6	1,3	1,6	1,6	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,0	2,4	2,1	2,4	2,0	2,0	2,2	2,5
Anlageinvestitionen	1,8	1,9	1,9	1,7	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	3,1	3,2	3,1	2,9	3,4	3,3	3,2	3,1	3,1
Exporte	1,6	0,9	0,7	1,9	1,4	0,7	1,0	0,8	0,7
Importe	2,6	0,7	0,7	3,7	1,6	0,1	1,3	0,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,7	1,8	1,2	1,8	1,8	1,5	1,7	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 277,2	2 358,9	2 440,5	1 120,0	1 157,2	1 159,9	1 199,0	1 199,1	1 241,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	301,0	312,2	324,0	145,1	155,9	150,6	161,6	156,5	167,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 369,6	1 424,4	1 478,3	653,2	716,4	680,2	744,2	706,6	771,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	606,6	622,3	638,2	321,6	284,9	329,1	293,2	336,0	302,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	474,0	499,8	517,7	219,0	255,0	235,6	264,2	241,3	276,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,1	2 858,6	2 958,2	1 338,9	1 412,2	1 395,5	1 463,1	1 440,4	1 517,9
Abschreibungen	571,3	594,5	615,0	283,3	288,0	294,9	299,6	305,5	309,5
Bruttonationaleinkommen	3 322,5	3 453,2	3 573,2	1 622,2	1 700,2	1 690,4	1 762,7	1 745,9	1 827,4
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 433,3	2 533,2	2 623,6	1 180,6	1 252,7	1 233,4	1 299,8	1 273,8	1 349,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	762,7	796,6	821,2	382,3	380,4	402,5	394,0	410,7	410,5
Arbeitnehmerentgelt	1 670,6	1 736,6	1 802,4	798,3	872,3	830,8	905,8	863,1	939,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,6	3,6	3,5	4,6	4,6	3,6	3,6	3,4	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,2	3,7	3,8	3,8	4,6	3,8	3,6	3,9	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,4	4,0	3,8	4,5	4,4	4,1	3,9	3,9	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	5,1	2,6	2,6	5,0	5,3	2,3	2,9	2,1	3,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,3	5,4	3,6	-1,4	3,8	7,6	3,6	2,4	4,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	3,9	3,5	3,6	4,5	4,2	3,6	3,2	3,7
Abschreibungen	3,5	4,1	3,4	3,3	3,6	4,1	4,0	3,6	3,3
Bruttonationaleinkommen	3,9	3,9	3,5	3,5	4,3	4,2	3,7	3,3	3,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	4,1	4,1	3,6	3,5	4,7	4,5	3,8	3,3	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,4	4,4	3,1	1,6	5,2	5,3	3,6	2,0	4,2
Arbeitnehmerentgelt	4,4	4,0	3,8	4,4	4,4	4,1	3,8	3,9	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 350,3	1 397,8	1 442,9	650,5	699,9	673,8	724,0	695,3	747,5
Nettolöhne- und -gehälter	905,3	940,8	972,3	427,7	477,7	445,1	495,7	460,3	511,9
Monetäre Sozialleistungen	565,8	581,8	599,4	282,5	283,3	290,4	291,4	298,6	300,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	120,8	124,8	128,8	59,7	61,1	61,7	63,1	63,6	65,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	606,6	622,3	638,2	321,6	284,9	329,1	293,2	336,0	302,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-79,4	-83,0	-85,4	-38,7	-40,7	-40,7	-42,3	-41,9	-43,5
Verfügbares Einkommen	1 877,5	1 937,1	1 995,6	933,4	944,1	962,2	974,9	989,5	1 006,2
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,5	50,0	50,4	24,5	25,1	24,7	25,3	24,9	25,5
Konsumausgaben	1 738,3	1 790,0	1 843,3	850,5	887,7	873,9	916,1	898,4	945,0
Sparen	188,8	197,0	202,7	107,3	81,4	113,0	84,0	116,0	86,7
Sparquote in Prozent ⁷	9,8	9,9	9,9	11,2	8,4	11,4	8,4	11,4	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	3,5	3,2	4,2	3,7	3,6	3,4	3,2	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	4,2	3,9	3,4	4,3	4,0	4,1	3,8	3,4	3,3
Monetäre Sozialleistungen	3,8	2,8	3,0	4,3	3,4	2,8	2,9	2,8	3,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	5,2	3,3	3,2	5,6	4,8	3,3	3,3	3,1	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	5,1	2,6	2,6	5,0	5,3	2,3	2,9	2,1	3,1
Verfügbares Einkommen	4,0	3,2	3,0	4,2	3,8	3,1	3,3	2,8	3,2
Konsumausgaben	3,8	3,0	3,0	4,0	3,6	2,8	3,2	2,8	3,2
Sparen	5,0	4,4	2,9	5,1	4,9	5,2	3,2	2,7	3,1

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	770,0	791,5	819,8	385,1	384,9	398,3	393,3	412,4	407,3
direkte Steuern	424,5	438,0	456,7	213,3	211,2	222,5	215,5	232,0	224,7
indirekte Steuern	345,6	353,6	363,1	171,8	173,8	175,8	177,8	180,4	182,7
Nettosozialbeiträge	548,1	567,2	588,3	265,7	282,4	275,1	292,1	285,4	302,9
Vermögenseinkommen	17,0	17,1	17,8	8,6	8,4	8,7	8,4	9,3	8,5
Laufende Übertragungen	21,7	22,2	22,6	10,1	11,5	10,4	11,8	10,6	12,0
Vermögenstransfers	11,8	10,6	10,7	5,4	6,3	4,8	5,8	4,8	5,8
Verkäufe	109,4	114,4	120,3	52,2	57,2	54,2	60,1	57,5	62,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 478,2	1 523,1	1 579,6	727,3	750,9	751,5	771,6	780,1	799,5
Ausgaben									
Vorleistungen	153,7	159,7	165,9	71,7	82,0	74,2	85,6	77,4	88,6
Arbeitnehmerentgelte	246,3	256,1	262,8	118,4	127,8	122,6	133,5	125,7	137,1
Soziale Sachleistungen	278,0	286,0	296,2	138,2	139,8	142,2	143,8	147,2	149,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	39,4	39,2	38,6	19,9	19,5	19,8	19,4	19,4	19,3
Subventionen	27,8	28,1	28,5	13,5	14,3	13,7	14,5	13,8	14,6
Monetäre Sozialleistungen	506,3	520,8	536,9	253,2	253,1	260,3	260,5	267,7	269,2
Sonstige laufende Transfers	72,1	83,8	90,7	40,9	31,2	34,0	49,8	44,5	46,2
Bruttoinvestitionen	69,0	71,6	74,0	30,1	38,8	31,4	40,2	32,3	41,7
Vermögenstransfers	39,4	32,8	33,1	20,7	18,7	13,8	19,0	13,7	19,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-1,3	-1,3	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 430,8	1 477,1	1 525,6	706,1	724,7	711,3	765,8	741,1	784,4
Finanzierungssaldo	47,4	46,0	54,1	21,2	26,2	40,2	5,8	39,0	15,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	5,2	2,8	3,6	5,6	4,8	3,4	2,2	3,6	3,6
direkte Steuern	6,9	3,2	4,3	7,2	6,5	4,3	2,1	4,3	4,3
indirekte Steuern	3,2	2,3	2,7	3,7	2,8	2,3	2,3	2,6	2,8
Nettosozialbeiträge	4,6	3,5	3,7	4,8	4,5	3,5	3,5	3,8	3,7
Vermögenseinkommen	-5,6	0,3	3,9	-9,9	-0,7	0,9	-0,4	6,7	1,0
Laufende Übertragungen	9,0	2,2	2,2	12,9	5,8	2,4	2,1	2,3	2,0
Vermögenstransfers	-23,9	-10,3	1,1	-28,6	-19,4	-11,8	-8,9	1,2	0,9
Verkäufe	4,3	4,5	5,2	4,8	3,8	3,9	5,1	6,0	4,5
Sonstige Subventionen	2,5	0,0	0,0	6,9	-0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,5	3,0	3,7	4,8	4,3	3,3	2,8	3,8	3,6
Ausgaben									
Vorleistungen	2,5	3,9	3,9	3,0	2,0	3,5	4,3	4,3	3,5
Arbeitnehmerentgelte	4,1	4,0	2,6	4,4	3,9	3,5	4,4	2,5	2,7
Soziale Sachleistungen	3,5	2,9	3,6	3,5	3,5	2,9	2,9	3,6	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-5,2	-0,5	-1,5	-3,8	-6,6	-0,5	-0,5	-2,3	-0,7
Subventionen	-0,1	1,3	1,2	-0,6	0,3	1,3	1,2	1,1	1,2
Monetäre Sozialleistungen	4,1	2,9	3,1	4,8	3,5	2,8	2,9	2,8	3,3
Sonstige laufende Transfers ⁹	-3,6	11,7	6,9	0,9	-4,5	-6,9	18,6	10,5	-3,6
Bruttoinvestitionen	3,2	3,8	3,3	4,1	2,5	4,1	3,6	3,0	3,5
Vermögenstransfers ⁹	3,0	-6,6	0,4	31,9	-9,8	-33,2	1,5	-0,5	2,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,0	3,2	3,3	4,4	1,8	0,7	5,7	4,2	2,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Wintergrundlinien 2017.